

Maria Reinisch (MR): Wie wird man zum Friedensforscher?

Lothar Brock (LB): Ich nehme an, so ähnlich wie man zum Hirnforscher oder zum Sprachwissenschaftler wird. Da spielen Interessen, Begabungen und Zufälle eine Rolle. Bei mir hat das viel mit der eigenen Lebensgeschichte zu tun.

Ich bin mit drei Geschwistern im Krieg aufgewachsen, 80 km westlich des damaligen Danzig. Der Krieg war für uns Kinder am Anfang nur eine ferne Drohung. Am Ende brachte er die Konfrontation mit erbarmungsloser Gewalt. Diese Erfahrung hat meinen Bruder zu einem intellektuellen Provokateur und Haudegen werden lassen. Mir blieb da im übrig gebliebenen Teil der Familie nur die Rolle des Vermittlers.

Damit war ich aber noch kein Friedensforscher. Der Weg dahin war lang und von ziemlich widersprüchlichen Erfahrungen geprägt, die besonders die USA betrafen. Als Austauschschüler habe ich die USA als neue Heimat erlebt, in der Kuba-Krise als Supermacht, die wie ihr Gegenspieler, die Sowjetunion, einen neuen Weltkrieg riskierte, dann als zerrissenes Land.

Als ich 1963 für zwei Jahre in die USA zurückkehrte, wurde Kennedy erschossen. Der Attentäter handelte in einem Klima, das geprägt war von Hass und Verschwörungstheorien auf der einen Seite, vom Kampf um die Abschaffung der Rassendiskriminierung und gegen den Vietnamkrieg auf der anderen.

Als ich nach Deutschland zurückkehrte, war der Vietnamprotest auch hier angekommen. Aber es ging in der Studentenbewegung um mehr, es ging um eine Revolte gegen Kapitalismus und Imperialismus und in Deutschland auch um die Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Mich hat all' das stark verunsichert und ich stellte mir damals vor, Baggerführer für schwere Erdbewegungsarbeiten zu werden, um neuen Halt zu finden.

Das bin ich dann aber nicht geworden. Stattdessen habe ich mich der damals noch sehr jungen Friedensforschung angeschlossen, – und zwar der sich selbst so verstehenden kritischen Friedensforschung. Ihr ging es nicht um die Optimierung militärischer Sicherheit, sondern um globalen gesellschaftlichen Wandel als Voraussetzung für Frieden.

Weil die Friedensforschung damals keineswegs allgemein anerkannt war, leistete man als Teil dieser Forschung eine argwöhnisch beäugte Pionierarbeit im Wissenschaftsbetrieb. Heute ist die Friedensforschung ein etabliertes Arbeitsfeld. Für die Entscheidung, auf diesem Feld zu arbeiten, spielt heute die Erinnerung an den Krieg sicherlich eine geringere Rolle als die Erfahrung der Gegenwart des Krieges.

MR: Wie gehen Friedensforscher mit der Erfahrung um, dass es Kriege schon immer gegeben hat und heute weiterhin gibt?

LB: Wir **wissen**, dass es quer durch die Geschichte immer Kriege gegeben hat. Wir wissen aber **nicht**, was das für die Zukunft bedeutet. Wenn es immer Kriege gegeben hat und heute weiterhin gibt, folgt daraus dann zwangsläufig, dass es Kriege auch in Zukunft immer geben wird? Ist derjenige naiv, der sich nicht auf die Möglichkeit zukünftiger Kriege einstellt und mit militärischen Mitteln für seine Sicherheit sorgt?

Auf diese Fragen gibt es unterschiedliche Antworten. Weit verbreitet ist die Vorstellung, dass der Krieg in der Natur des Menschen liegt oder daher rührt, dass es kein Gewaltmonopol gibt,

das Konflikte zwischen Staaten sozusagen auf dem Rechtswege erledigen könnte. Solange sich daran nichts ändert, so die Schlussfolgerung, wird es auch in Zukunft Kriege geben, auf die sich jeder Staat einstellen muss. Militärische Rüstung ist dann ein Gebot der Selbstbehauptung der Staaten in einer anarchischen Welt.

Eine Gegenthese besagt, dass es die vorherrschenden Macht- und Ausbeutungsverhältnisse sind, die für die Kriege in der Moderne verantwortlich sind. Frieden wird folglich erst mit der Überwindung dieser Verhältnisse möglich. Unter dieser Perspektive ist zu unterscheiden zwischen Gewalt, die Teil der vorherrschenden Macht- und Ausbeutungsverhältnisse ist, und Gewalt, die sich gegen sie richtet, also zwischen repressiver und emanzipatorischer Gewalt.

Diese Unterscheidung spielte in der Friedensforschung der 1960er Jahre durchaus eine Rolle – vor allem mit Blick auf die Frage, ob man als Friedensforscher die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützen durfte und sollte, obwohl die Gewalt anwendeten. Das wurde heiß diskutiert. Johan Galtung bot für diesen Streit neue Unterscheidungen an, nämlich zwischen direkter und struktureller Gewalt, zwischen negativem und positivem Frieden.

Damit wurde der Streit ein wenig akademisiert.

Galtungs Vokabular ist bis heute noch gebräuchlich. Es dient aber kaum noch zur Strukturierung der konkreten Forschungsarbeit.

Die heutige Friedensforschung versucht, etwas genauer hinzuschauen.

Sie will die Wissenslücken über die Zukunft von Krieg und Frieden dadurch schließen, dass sie die Umstände, unter denen Konflikte zu Kriegen eskalieren, systematisch untersucht und daraus Schlüsse auf die **Wahrscheinlichkeit** von Kriegen in vergleichbaren Situationen zieht und natürlich auch Schlüsse für die Vermeidung solcher Eskalationsprozesse. Damit öffnet sich ein gewaltiges Forschungsfeld, dessen Bearbeitung auf viele verschiedene Wissenschaftsdisziplinen verteilt ist. Dazu zählen neben der Politikwissenschaft und Soziologie auch die Naturwissenschaften, das Völkerrecht, die Ethnologie und die Ökonomie soweit sie sich mit globaler Ungleichheit und deren Abbau befasst.

MR: Was wissen wir über die historische Entwicklung von Krieg und Gewalt, wie sicher ist dieses Wissen?

LB: Begleitet wird die Friedensforschung in neuer Zeit von dem Streit über die Frage, ob man von einer gleichbleibenden Rolle von Krieg und Gewalt quer durch die Geschichte sprechen kann.

Am bekanntesten ist die Arbeit von Steven Pinker geworden, der die These vertritt, dass politische Gewalt quer durch die Geschichte an Bedeutung für die Gestaltung der Sozialbeziehungen nicht gewinnt, wie viele unter dem Eindruck akuter Auseinandersetzungen meinen, sondern verliert. Das erläutert er anhand eines breiten empirischen Materials, das er auch mit quantitativen Methoden erschließt. Dennoch wird seine These von anderen Forschern heftig bestritten – und zwar sowohl, was das empirische Material und die Methode als auch die Folgerungen betrifft.

Als Konsens kann heute gelten, dass es keine gradlinige Entwicklung von einer Welt des Krieges zu einer Welt des Friedens gibt und auch in Zukunft nicht geben wird. Es gehört aber

auch zu diesem Konsens, dass damit die Arbeit an einer Ausweitung der Welt des Friedens keineswegs sinnlos ist.

MR: Bedeutet das zusammengefasst, dass unser *Wissen* sich auf den Krieg bezieht, der Frieden aber Gegenstand des *Glaubens* oder frommer Hoffnungen bleibt?

LB: Es ist in der Tat paradox: Friedensforscher wissen mehr über den Krieg als über den Frieden. Den Frieden vom Krieg her denken, ist ein gutes Mittel gegen bloßes Wunschdenken, also gegen allzu fromme Hoffnungen. Den Frieden vom Krieg her denken, kann aber auch heißen, den Frieden nur als das zu verstehen, was er ja in der Geschichte stets gewesen ist: eine Zwischenkriegszeit, und es dabei zu belassen.

Aber an den Frieden muss man nicht nur glauben oder auf ihn hoffen, wir *wissen* auch etwas über ihn – allerdings ist das ein wackeliges Wissen.

Schauen wir uns mal drei Ideen an, die die Friedensforschung in den vergangenen Jahrzehnten strukturiert haben:

Frieden durch Modernisierung

Frieden durch Demokratisierung und

Frieden durch Recht.

Wir *wissen*, dass die Herausbildung von modernen Staaten zu einer Zivilisierung der Sozialbeziehungen beigetragen hat. Thomas Hobbes hat das früh gesehen und in ein Modell gepackt: das des Leviathans, dem die Bürgerschaft eines Staates alle Gewalt überträgt, um so den Frieden in der Bürgerschaft zu gewährleisten. In der Tat bedeutet die Herausbildung eines Gewaltmonopols als Kennzeichen moderner Staatlichkeit, dass der Willkür im Umgang der Menschen miteinander Schranken gesetzt werden.

Der Umbau von Staat und Gesellschaft im Zeichen der Modernisierung bedeutet (mit Max Weber gesprochen) eine Bürokratisierung des öffentlichen Lebens und eine Entzauberung der Lebenswelt. Unsere Affekte werden zivilisiert und Hexenverbrennungen finden nicht mehr statt. Daraus hat Dieter Senghaas sein zivilisatorisches Hexagon gebaut. Der Clou an diesem Modell ist, dass es sich auf *Wissen* und nicht auf Wunschdenken stützt.

Die Crux des Modells ist, dass die Gefahr eines Zusammenbruchs dieser Zivilisierungsprozesse zwar erwähnt, aber nicht systematisch ausgeführt wird.

Das Modell erfasst also nicht die sozialen Prozesse, mit denen wir in den heutigen modernen Staaten konfrontiert sind.

Auch unser Wissen über Frieden durch Demokratisierung ist prekär. Wir *wissen*, dass die westlichen Demokratien seit 1812 keine Kriege gegeneinander geführt haben. Damit wissen wir auch, dass Demokratisierung soweit sie gelingt (zumindest tendenziell) dem Frieden dient. Aber wir haben in den vergangenen zwanzig Jahren auch erlebt, dass Demokratien sich gegenüber Nicht-Demokratien keineswegs immer friedlich verhalten. Sie können im Umgang mit Nicht-Demokratien sogar eine besondere Gewaltbereitschaft zeigen, wie das im Kosovo 1999, gegenüber Afghanistan 2001 oder gegenüber dem Irak 2003 der Fall war.

Auch über die Funktion des Rechts für die Einhegung willkürlicher Gewalt *wissen* wir viel. Das gilt auf nationaler und internationaler Ebene. Aber im Recht manifestieren sich immer auch herrschende Gewaltverhältnisse (Walter Benjamin) und das heutige Völkerrecht hat sich gemeinsam mit dem modernen Imperialismus entwickelt (Post-Koloniale Studien).

Es bleibt also vorerst dabei, dass wir in der Friedensforschung mehr Wissen über den Krieg als über den Frieden haben.

MR: Wenn wir letztlich doch wenig darüber wissen, ob überhaupt und wie ein stabiler, weltweiter Frieden erreicht werden kann, wäre es dann nicht klug, sich auf den nächsten Krieg vorzubereiten?

LB: Diese Frage ist naheliegend, der Schluss, den sie andeutet, ist aber nicht zwingend. Wir müssen immer mit Konflikten rechnen – zwischen Menschen, zwischen Klassen, zwischen ethnischen Gruppen, zwischen Staaten. Aber die Konflikte geben als solche nicht vor, wie man mit ihnen umgehen soll. Die Anwendung von Gewalt ist im Grundsatz nie ausgeschlossen, aber sie wird in aller Regel nicht durch den zugrunde liegenden Konflikt vorgegeben.

Auf dem Höhepunkt der Ost-West-Konfrontation einigten sich beide Seite Ende der 1960 Jahre auf Maßnahmen, die einer verhängnisvollen Eigendynamik des Konflikts entgegenwirkten. Das war der Beginn der Entspannungspolitik, die auf Vertrauensbildung beruhte. Vertrauensbildung zielt nicht auf die Beendigung eines Konflikts, sondern auf die Erweiterung des Spielraums für einen konstruktiven Umgang mit ihm. Es geht um Kooperation im Konflikt.

Die neuere Verhaltensforschung geht davon aus, dass Kooperation in der Menschheitsgeschichte genauso wie Selektion und Mutation eine Voraussetzung für die Bildung komplexer sozialer Beziehungen ist. Es handelt sich dabei in der Regel allerdings um selektive Kooperation: die Einen kooperieren gegen die Anderen. Kooperation erzeugt so auch Feindschaften. Friedensforschung will dazu beitragen, dass das nicht passiert, sondern die Fähigkeit des Menschen zur Kooperation immer wieder neu Räume für ein friedliches und produktives Zusammenleben entstehen lässt.

Zu diesem Unterfangen hat uns Benjamin Ferencz, der letzte noch lebende Staatsanwalt der Nürnberger Prozesse jüngst eindrücklich ermuntert: Seine Botschaft lautet: „Erstens, gib nie auf, zweitens, gib nie auf und drittens gib nie auf“.